



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Haushalts- und Finanzausschuss
- Ausschuss-Sekretariat -

Düsseldorf, den 13. März 2001

An die
Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses

im Hause



Anträge der CDU-Fraktion zum Haushaltsplanentwurf 2001

Sehr geehrte Damen und Herren,

die **CDU-Fraktion** hat mir Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2001 zugeleitet, die in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 15. März 2001 gestellt werden sollen.

Diese Anträge - zur Unterscheidung auf blauem Papier gedruckt - übersende ich Ihnen hiermit.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Winands
(Ausschussassistentin)

**Änderungsanträge der CDU-Fraktion
zum Haushaltsgesetz 2001 (Drucksache 13/400, 13/620, 13/750)
im Ausschuss Haushalt und Finanzen**

zum Einzelplan 20

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/1	CDU	Kap. 20 010 Der Ansatz der Steuereinnahmen wird von 71.320.000.000 DM um 180.000.000 DM auf 71.500.000.000 DM erhöht. Die Zuordnung der Mehreinnahmen auf einzelne Steuerarten ist nur der Landesregierung möglich. <u>Begründung:</u> Nach der Steuerschätzung vom November 2000 für das Jahr 2001 werden – unter Herausrechnung der Effekte der auf Steuerrechtsänderungen beruhenden Änderungen – 180 Mio. DM Mehreinnahmen gegenüber der Maischätzung erwartet. Der Haushaltsentwurf 2001 beruht nach wie vor auf der Maischätzung. Daher sind 180 Mio. DM zusätzlich zu etatisieren. Auf welche Steuerarten die Mehreinnahmen entfallen, geht nur aus dem detaillierten Zahlenwerk des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ hervor, das lediglich der Landesregierung vorliegt.	SPD CDU F.D.P. Grüne

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
201 2	CDU	Kap. 20 020, neuer Titel <i>„Globale Minderausgabe zur Personalreduzierung in der Allgemeinen Verwaltung“</i> 62.000.000 DM <u>Begründung:</u> Zur Erwirtschaftung zusätzlicher Stellen für die Neueinstellung von Lehrern sind an anderer Stelle im Landeshaushalt Stellen einzusparen (Stellendeckungsprinzip). In den Jahren 2001 – 2005 sollen jährlich linear 1,5% des Landespersonals eingespart werden, wobei die Bereiche Schule, Hochschule, Polizei und Justizvollzug ausgeklammert werden. Die Einsparung von 1,5% in den verbleibenden Bereichen ergibt 1.350 Stellen. Diese sind so abzubauen, dass kostenneutral zum Schuljahr 2001/2002 1.350 neue Lehrer eingestellt werden können. Die zu erwirtschaftenden Stellenkontingente sollten durch die Landesregierung auf die Einzelpläne verteilt werden.	SPD CDU F.D.P. Grüne

201

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	Kap. 20 020, Titel 461 10 Der Ansatz wird von 180.000.000 DM um 130.000.000 DM auf 50.000.000 DM reduziert. Der Haushaltsvermerk Nr.6 wird wie folgt ergänzt: „Zur Motivationsförderung zählen auch Leistungen im Rahmen von Jubiläumszuwendungen.“ <u>Begründung:</u> Verstärkungsmittel sind im Jahr 2001 nicht notwendig, da die voraussichtlichen Tarif- und Besoldungserhöhungen bereits bekannt sind. Lediglich 50 Mio. DM werden benötigt, um leistungs- und motivationsfördernde Maßnahmen zu gestalten. In diesem Rahmen sollen die Jubiläumszuwendungen wieder eingeführt werden. Die Landesregierung sollte hierzu eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen. Der Wegfall der Jubiläumszuwendungen hatte nur äußerst geringe Einspar-effekte, führte jedoch zu erheblichen Motivationsverlusten. Auch andere Bundesländer haben die Jubiläumszuwendung daher bereits wieder eingeführt.	SPD CDU F.D.P. Grüne

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/4	CDU	Kap. 20 020, Titel 531 00 Der Ansatz wird von 10.000.000 DM um 10.000.000 DM auf 0 DM reduziert. <u>Begründung:</u> Verstärkungsmittel für Öffentlichkeitsarbeit sind wegen der mehr als ausreichenden Ausstattung der einzelnen Ressorts mit entsprechenden Mitteln nicht erforderlich.	SPD CDU F.D.P. Grüne
20/5	CDU	Kap. 20 610, Titel 912 10 Der Ansatz wird von 1.236.000.000 DM um 93.098.900 DM auf 1.142.901.100 DM abgesenkt. <u>Begründung:</u> a) Die Rücklage besteht aus Haushaltsmitteln des Jahres 2000, die in diesem Jahr nicht benötigt werden. Neben Minderausgaben sind in 2000 auch Steuermehreinnahmen in Höhe von 174 Mio. DM angefallen. Der hierauf entfallende Kommunalanteil von 40 Mio. DM ist den Kommunen bereits im Haushalt 2001 zuzuleiten. Die Rücklage ist entsprechend abzusenden. b) Weitere 53.098.900 DM aus der Rücklage werden benötigt, um zwingend notwendige Erhaltungsinvestitionen an den nordrhein-westfälischen Straßen, Hochschulen und Krankenhäusern zu ermöglichen.	SPD CDU F.D.P. Grüne

20/

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	Kap. 20 630, neuer Titel „Einnahmen aus der Tätigkeit des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW“ 250.000.000 DM <u>Begründung:</u> Das Gutachten „Seebauer + Partner“ hat errechnet, dass durch ein effektiv betriebenes Bau- und Liegenschaftsmanagement zusätzliche Einnahmen und Einsparungen in Höhe von rd. 500 Mio. DM jährlich zu erwarten sind. Für das „Startjahr“ des BLB sollte eine Abführung von 250.000.000 DM erreichbar sein.	SPD CDU F.D.P. Grüne